



Eine Geste, zwei politische Lager: Mit dem Jahr 2015 haben politisch motivierte Straftaten auf linker wie auf rechter Seite einen neuen Höchststand erreicht.

Fotos: dpa

Deutschland verroht

Ein Blick in die Statistiken zeigt: Links wie rechts steigt das Potenzial politisch motivierter Gewalt **VON ANNA SOPHIA HOFMEISTER UND MAXIMILIAN LUTZ**

Eine schnelle Bewegung, Sahne und viel Kakaopulver – dann wischt sich Sahra Wagenknecht unbeholfen mit den Fingerspitzen über die Augen: Die „Kalorienbombe“ traf die Frontfrau der Linkspartei mitten ins Gesicht. Was Ende Mai auf dem Linksparteitag in Magdeburg geschah, ist auch schon im Februar auf einer Sitzung der Bundesprogrammkommission der AfD in Kassel passiert. Damals rann die Sahne über den Kopf der stellvertretenden Parteivorsitzenden Beatrix von Storch.

„Das Torten“, einst ein Slapstick-Element des Stummfilms, gewinnt als brachiale Form der Meinungsäußerung offenbar wieder an Beliebtheit: In beiden Fällen wollten die Täter damit gegen den politischen Kurs ihres Opfers protestieren.

Politiker und Organisationen auf beiden Seiten des politischen Spektrums sehen sich in jüngster Zeit von Attentätern eingeschüchert, die auch vor härterer Gewalt nicht zurückschrecken: Eine Patrone im Briefcase des SPD-Politikers Heiko Maas, Handgreiflichkeiten gegen den Leipziger NPD-Kreischef Helmut Herrmann, und nicht zuletzt die Messerattacke gegen Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Zudem häufen sich Fälle, in denen Fenster von Parteigebäuden zerstört oder Autoreifen zerstochen werden. Laut einem Artikel der Zeitung „Die Welt“ zählt die AfD selbst mehr als 800 Fälle von Straftaten gegen Einrichtungen oder Mitglieder der Partei. In einem Artikel, der die Gewalttaten gegen Politiker in Deutschland auflistet, geht die „Huffington Post“ davon aus, dass Die Linke noch häufiger attackiert worden sei als die AfD.

Die Fallbeispiele belegen: Auf beiden Seiten, links wie rechts, nimmt der Extremismus zu. Straftaten, die mit politischer Motivation begangen werden, erfasst die Polizei nicht in ihrer jährlichen Kriminalstatistik, sondern im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität“ (KPM-D-PMK). Für 2015 stellte der Meldedienst in den Phänomenbereichen politisch motivierter Kriminalität von rechts wie links die höchsten Fallzahlen fest – seit seiner Einrichtung im Jahr 2001. Das Straftatenaufkommen rechtsradikaler Kriminalität stieg 2015 insgesamt um 34,9 Prozent von 17020 Taten auf 22960. Linksradikale verstießen 2015 in 9605 Fällen gegen das Gesetz; im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet der Bericht hier eine Steigerung von 18,3 Prozent.

Von den insgesamt erfassten politisch motivierten Straftaten wiesen 76,1 Prozent einen extremistischen Hintergrund auf. Das heißt, die Ermittler fanden Anhaltspunkte dafür, dass die Taten „darauf abzielten, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu

beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind“. Der Meldedienst berechnet hier einen Anstieg rechtsmotivierter Straftaten um 32,4 Prozent auf 21933 Taten. Linksmotivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund stiegen um 27 Prozent auf 5620. Als am häufigsten verwirklichte Straftaten werden mit 35,1 Prozent Propagandadelikte, wie etwa das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, genannt. Darauf folgen Volksverhetzungen mit einem Anteil von 18,3 Prozent.

Im extremistischen Agieren beider Seiten stellt Uwe Backes, Professor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Unterschiede fest: „Langjährige Vergleiche zeigen, dass rechte Täter häufiger expressiv-hassgeladen agieren, Gewalt nicht selten enthemmt unter Musik- und Alkoholeinfluss und als Ausdruck mangelhafter Affektregulierung ausüben“, sagt er gegenüber der „Tagespost“. Linksmotivierte Täter handelten häufiger instrumentell-zielorientiert, seltener aber von Angesicht zu Angesicht mit dem Opfer. „Häufig ist das Handeln aus der Distanz wie das Werfen von Pflastersteinen am Rande von Kundgebungen.“

Politischer Extremismus lehnt den demokratischen Verfassungsstaat ab, will ihn beseitigen oder einschränken. In der Regel zeichnet er sich durch Freund-Feind-Stereotypen aus, pflegt ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und kann unterschiedliche Meinungen und Interessen nur schwer ertragen.

„Links will die Revolution, den Kapitalismus abschaffen, das Gleichheitsprinzip realisieren und sieht sich in Kenntnis der alleinigen Wahrheit“, sagt Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) und Professor für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München, gegenüber dieser Zeitung. „Rechts betreibt Nationalismus und ist geprägt von der Annahme, man könne Identität gewinnen indem man alles auf einen nationalistischen Filter reduziert.“ Die Überzeugung wiederum, alleine in Kenntnis der Wahrheit zu sein, verbinde Rechts- und Linksextreme, so Weidenfeld.

Die Repräsentanten beider Ausprägungen des Extremismus bekämpfen sich gegenseitig – brauchen sich aber auch: „Der Zusammenhang wird aufgrund des hohen Anteils der Konfrontationsdelikte ersichtlich, also von Taten, die zu erheblichen Teilen gegen politische Gegner gerichtet sind“, erklärt Uwe Backes. Der Anteil der Konfrontationsdelikte „ist auf beiden Seiten beträchtlich, bei der linksmotivierten

Gewalt noch höher als bei der rechtsmotivierten.“ Ein Teil der Gewalt erkläre sich damit auch aus dem gewaltsamen Interagieren verfeindeter Gruppen.

Die politisch motivierten Gewalttaten, zu denen insbesondere Körperverletzungen und Tötungsdelikte gehören, stiegen im Vergleich zu 2014 insgesamt um 30,7 Prozent auf einen neuen Höchststand. Dabei machen Körperverletzungen den größten Anteil der Gewalttaten aus. Diese sind mehrheitlich linksmotiviert: Der Meldedienst verzeichnet für das vergangene Jahr 1354 Körperverletzungen infolge linksmotivierter Gewalt und 1177 Körperverletzungen infolge rechtsmotivierter Gewalt – für 2014 wurden noch 924 Körperverletzungen (links) und 900 (rechts) notiert. Dabei haben die Rechtsradikalen 2015 offenbar härter zugeschlagen: Denn 45 Prozent der körperlich verletzten Personen wurden durch rechtsmotivierter Gewalt verletzt. Die Opfer linksmotivierter Gewalt liegen bei 37,7 Prozent. In 20 Fällen kam es zu versuchten Tötungsdelikten, jeweils acht davon werden den Bereichen linksmotivierter und rechtsmotivierter Kriminalität zugeordnet. Extremistische Gewalttaten von linker Seite stiegen von 995 (2014) auf 1608 (2015) um 61,6 Prozent. Und 1408 (2015) extremistische Gewalttaten zeigen einen Anstieg von 42,2 Prozent auf rechtsmotivierter Seite, denn im Vorjahr wurden hier noch 990 gezählt.

Dass die Gewaltanwendung im extremistischen Milieu zunimmt, hat für Weidenfeld auch einen politisch-kulturellen Hintergrund. Das zeige das empirische Datenmaterial zum Einstellungsspektrum in der Bundesrepublik, sagt er. „In den letzten Jahren hat die Distanzierung von der Politik an sich aus Enttäuschung, Frustration und aus Wut zugenommen. Extremismus ist die Folge dieses Stimmungsmilieus.“ Dazu komme eine gewisse Verrohung sozialer Verhaltensformen. „Wenn man das kombiniert, erhält man Klarheit, warum extremistische Gewalttaten zugenommen haben.“

Die Verrohung sozialer Verhaltensnormen äußert sich auch in der Zunahme der „Hasskriminalität“, einem weiteren Themenfeld der politisch motivierten Kriminalität. Darunter werden Straftaten erfasst, die durch gruppenbezogene Vorurteile motiviert sind. In diesem Bereich haben die Straftaten mit einer Steigerung von 77 Prozent gegenüber dem Vorjahr besonders stark zugenommen. Die stärkste Zunahme beobachtete der Meldedienst hier bei den fremdenfeindlichen Straftaten (116,2 Prozent). Doch auch die gegen bestimmte Gruppen aufgrund ihrer Religion gerichteten Straftaten stiegen mit 59,8 Prozent stark an. „Die Entwicklungen im Bereich Hasskriminalität waren auch vom starken Anstieg der ‚Hasspostings‘ im Internet geprägt“, heißt es in dem Bericht. Weil hierfür

keine eigene Kategorie in der Statistik existiere, seien die Fallzahlen über eine Abfrage des Themenfeldes unter der Eingrenzung auf das Tatmittel „Internet“ ermittelt worden. Im Internet stiegen die Straftaten demnach insgesamt von 1119 (2014) auf 3084 (2015) um 176 Prozent. Laut Statistik handelt es sich bei dem Großteil der Delikte um Volksverhetzungen.

Diese Entwicklung komme laut Weidenfeld daher, dass die Menschen von der Politik an sich enttäuscht seien: „Sie gehen davon aus, Politiker kümmern sich sowieso nicht um sie, die da oben“ seien ja sowieso ganz weit weg. Und die Politik liefert auch keine Erklärungen.“ Auch in Österreich gebe es dieses Phänomen: „Der Kandidat der FPÖ, Norbert Hofer, hat für normale Wahlverhältnisse ein riesiges Stimmpotenzial erhalten. In Umfragen gaben die Leute an, sie fänden ihn gut, da er ihre Sorgen kenne.“ Die Sorgen der Bürger nicht zu kennen, sich nicht zu kümmern, dazu gebe es auch in Deutschland Parallelen.

Die aktuelle „Mitte-Studie 2016“, die von Wissenschaftlern der Universität Leipzig in Kooperation mit der Linkspartei-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung, die zur IG Metall gehört, durchgeführt wurde, zeigt, dass sich die 2420 Befragten zunehmend ablehnend gegenüber dem demokratischen System äußern. 21,9 Prozent bejahten die Aussage, dass Deutschland jetzt „eine einzige starke Partei“ brauche, die „die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Der Aussage „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ stimmten laut Studie 10,6 Prozent der Befragten zu. Als Grund für das ansteigende Potenzial extremen Gedankenguts in der Gesellschaft nennt auch die Studie den Legitimationsverlust etablierter Parteien und Institutionen.

In der Gesellschaft bewirkt politisch motivierte Straftaten ein unterschiedliches Empörungspotenzial. „Angriffe gegen schwache Minderheiten lösen größere Empörung aus als solche gegen Staatsrepräsentanten“, sagt Backes. Die sich häufenden Angriffe gegen Mitglieder „rechter“ Parteien fänden dagegen in der Öffentlichkeit wenig Beachtung, meint er.

Weidenfeld bestätigt, dass es Phasen gibt, in denen intensiver gegen rechts vorgegangen wird, „weil das Gewaltpotenzial von Rechten als noch gefährlicher angesehen wird“. Gleichzeitig könne man sehen, dass links „manchmal gefälliger, intellektueller“ auftrete. Verfolgen sie ein intellektuelles Ziel, so Weidenfeld, würden Linke als weniger brutal angesehen. „Doch es gibt genauso Phasen, in denen man denken

könnte, die Gesellschaft ist auf dem rechten Auge blind.“ Für beide Phänomene gebe es empirische Belege.

Eine aktuelle Entwicklung, die die Polarisierung verschärft und zu einer Vielzahl gewaltsamer Ausschreitungen geführt habe, sieht Uwe Backes in der Flüchtlingskrise: Die hohe Zahl der Angriffe gegen Migrantenunterkünfte – vor allem in den letzten Monaten des Jahres 2015 – zeige das zunehmende Gewaltpotenzial, sagt Backes: „Die linksmilitante Szene sieht sich in ihrem ‚antifaschistischen Kampf‘ bestärkt und beklagt die angebliche Kompromisslosigkeit des Staates bei der Missachtung des Schicksals von Asylsuchenden.“

Was ist also zu tun? „Gewalttaten, von welcher Seite auch immer sie begangen werden, erfordern

konsequentes Einschreiten des Rechtsstaates“, sagt Backes. „Gewaltprävention ist eine vielschichtige Daueraufgabe für Staat und Gesellschaft gleichermaßen.“

Diese sind ihr wohl nicht immer gewachsen. Weidenfeld führt hier als Beispiel die Willkommensgeste von Angela Merkel gegenüber den Flüchtlingen im September 2015 an. Darin sieht er folgende Problematik: „Sie stellte sich hin, breitete die Arme aus und sagte ‚Wir schaffen das‘.“ Zu diesem Zeitpunkt sei das die absolut richtige Symbolsprache gewesen, die Bürger hätten das in überragender Mehrheit erwartet. Doch als später die Stimmung kippte und die Bürger Angst bekamen „von der Welle überrollt zu werden“ hätte Merkel anders reagieren müssen: „Sie hätte sagen müssen, dass nun weitere Dinge zu bewältigen sind: die Transformation der Herkunftsländer; den Transfer der Flüchtlinge anders regeln, damit die Schlepper keine Milliardenumsätze machen; die Flüchtlinge auf die Länder verteilen; Integrationsprogramme für diejenigen anbieten, die bei uns bleiben.“ Wenn Merkel all das genannt hätte, hätten die Leute auch keine Angst bekommen, meint Weidenfeld.

Der Schlüssel zur Gewaltprävention liege daher in der Deutungs- und Erklärungsleistung von Politik und kulturellem Leben. „Mehr als 70 Prozent der Bürger sagen, sie verstehen die politischen Abläufe und Zusammenhänge nicht. Real werden es noch mehr sein, denn wer gibt schon gerne zu, dass er das alles nicht versteht.“ In solch einer Situation seien die Bürger anfälliger gegenüber Distanzierungs- und Wutbewegungen. Wenn man da gegensteuern wolle, müsse man einen viel größeren Aufwand an Erklärung und Deutung leisten. Weidenfeld: „Man muss eine strategische Perspektive bieten, in die man das Ganze einbindet. Die Bürger müssen die Politik und politische Sachverhalte verstehen.“

„Gewaltprävention ist eine Daueraufgabe für Staat und Gesellschaft“